

Antrag der Fraktion der CDU**Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen**

In Deutschland werden circa 2,8 Milliarden Einwegbecher für heiße Getränke pro Jahr nach den aktuellen Schätzungen des Umweltbundesamtes verbraucht. Die Deutsche Umwelthilfe geht davon aus, dass 320 000 Wegwerfbecher für Heißgetränke pro Stunde in Deutschland verwendet werden. Dabei ist der Verbrauch von Einwegbechern mit einem hohen Ressourcenverbrauch, einer hohen Belastung von kommunalen Abfallreinigungsdiensten und der Freisetzung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen bei der Produktion von Einwegbechern und Deckeln verbunden.

Um den Verbrauch von Einwegbechern im Land Bremen zu reduzieren, wurde der Senat im Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) vom 25. Januar 2018 zur Entwicklung eines Mehrwegbeckersystems für das Land Bremen und zum Einsatz für ein einheitliches bundesweites Mehrwegbeckersystem aufgefordert. Darüber hinaus entstanden in den letzten Jahren im Land Bremen mehrere Pfandsysteme für Mehrwegbecher, wie etwa Cup2date. Trotz dieser Initiativen konnte die verbrauchte Menge von Einwegbechern bislang nur gering reduziert werden.

Laut der Studie „Untersuchung der ökologischen Bedeutung von Einweggetränkebechern im Außer-Haus-Verzehr und mögliche Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs“ des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2019 kann die Reduktion des Verbrauchs von Einwegbechern auch ohne die Einführung von regulatorischen Maßnahmen wie etwa Verboten, Steuern und Abgaben (im Sinne der deutschen Abgabenverordnung) erzielt werden. Dafür ist ein Mix aus mehreren freiwilligen Maßnahmen erforderlich. Die Studie betont, dass preisliche Anreizsysteme für Kundinnen und Kunden, die ein umweltfreundliches Verhalten belohnen und ein umweltschädliches Verhalten ahnden, bei der Reduktion des Einwegbecher-Verbrauchs und bei der Lösung des „Littering“-Problems besonders effektiv sind. Zwar gibt es in vielen Bremer Läden Rabattsysteme für Heißgetränke in mitgebrachten Mehrwegbechern. Um die Lenkungswirkung dieser Rabatte zu verstärken und die Verbrauchszahlen von Einwegbechern zu verringern, können Gespräche mit relevanten Akteuren wie etwa der Handwerkskammer und den Handelsverbänden mit dem Ziel einer freiwilligen Vereinbarung zu einem preislichen Anreizsystem für „To-go“-Heißgetränke im Land Bremen aufgenommen werden.

Neben der Einführung von zusätzlichen Maßnahmen soll die öffentliche Hand eine Vorbild- und Vorreiterfunktion bei der Reduktion des Verbrauchs von Einwegbechern für Heißgetränke einnehmen. Nur so können preisliche, bildungspolitische und logistische Instrumente zur Minderung des Verbrauchs von Einwegbechern gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdig vermittelt und legitimiert werden. Daher sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die Reduktion des Verbrauchs von Einwegbechern für Heißgetränke und anderen Einwegprodukten in öffentlichen Einrichtungen bewirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Verhandlungen mit der Handwerkskammer, der Handelskammer, dem Handelsverband Niedersachsen-Bremen, der Cityinitiative sowie der Geschäftsstelle Umwelt Unternehmen mit dem Ziel einer freiwilligen Vereinbarung aufzunehmen, deren Gegenstand die Einführung eines preislichen Anreizsystems an Verkaufsorten im Land Bremen in Form eines Rabattes für Heißgetränke in Mehrwegbechern und eines Aufschlags für Heißgetränke in Einwegbechern ist;
2. Maßnahmen in allen öffentlichen Einrichtungen des Landes Bremen vorzubereiten und zeitnah umzusetzen, die es ermöglichen, auf Einwegbecher für Heißgetränke und andere Einwegprodukte in öffentlichen Einrichtungen komplett zu verzichten;
3. der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz über die Ergebnisse der Verhandlungen innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU